

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2009



Konjunktur und Krise sind gestrenge Lehrerinnen

Was lässt sich denn nun aus Finanzkrise und Konjunkturreinbruch lernen? Dass die Ökonomie als Erklärungshelferin der Wirtschaftswirklichkeit versagt hat? Oder dass die Marktwirtschaft kein Erfolgsmodell für

wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Aufgehobenheit sein kann? Beides wird jetzt häufig behauptet. Aber in beiden Behauptungen steckt zum einen eine – wohl absichtsvoll hineingepackte – Übertreibung, zum anderen eine politisch motivierte Blindheit gegenüber dem Versagen der Politik, die sich die Hände in Unschuld wäscht und alle Risiken und Unvorhersehbarkeiten auf die angebliche Unkalkulierbarkeit von unregulierten Marktprozessen schiebt.

Für die Steuerungsfehler der Politik sind solche aus dem Marktverdacht geborenen Analysen blind. Sie verhindern zudem, aus der Krise zu lernen. Denn das ist das eigentliche Ärgernis dieser Wochen: Politiker, Bankiers, Unternehmer und Ökonomen – die die Vorgänge auf den Märkten aufzeichnen und analysieren – sollten nach Maßgabe ihrer möglichen Leistungen schon mit in die Verantwortung dafür genommen werden, dass die Finanzkrise ohne laut hörbare Warnungen sozusagen über die Erde gekrochen und dann mit einem Eklat ausgebrochen ist. Daraus müssen Lehren gezogen werden, damit die Menschen eine Chance bekommen, aus Schaden vorsichtiger und klüger zu werden, ohne die Freiheit zu verlieren, ihren wirtschaftlichen Vorteil zu suchen und zu finden.

Das ist auch als Herausforderung an die Wissenschaft und an die Politik zu verstehen. Es gilt zu versuchen, aus Unzulänglichkeiten und Irrtum zu lernen: in der Analyse der Ökonomen; in der Gestaltung der öffentlichen Haushalte jenseits eines leicht durchschaubaren Machtkalküls; und schließlich bei der Finanzaufsicht in deren Dilemma zwischen administrativer Regulierung und Schutz der Freiheit der Märkte.

Hans D. Barbier

Erstwähler

Bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 werden nach Schätzung des Bundeswahlleiters rund 62,2 Millionen Deutsche wahlberechtigt sein. 32,2 Millionen Frauen und 30,0

Wähler 2009

Alter	in Millionen	Anteil*
18 bis 20	2,6	4,2 %
21 bis 29	7,6	12,2 %
30 bis 39	8,5	13,7 %
40 bis 49	12,8	20,6 %
50 bis 59	10,6	17,0 %
60 bis 69	8,7	14,0 %
70 und älter	11,4	18,3 %
Gesamt	62,2	100,0 %

* an der Gesamtwählerschaft
Quelle: Statistisches Bundesamt

Millionen Männer können zur Wahl gehen. Zu den Wahlberechtigten gehören etwa 3,5 Millionen Erstwähler; 1,7 Millionen Frauen und 1,8 Millionen Männer werden bis zum Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und können erstmals bei einer Bundestagswahl ihre Stimme abgeben.

www.bundeswahlleiter.de

Wirksame Sondersteuer?

Alkopops, die vor allem bei Jugendlichen beliebten Getränke aus Soda, Süßstoff und hochprozentigem Alkohol, sind fast vollständig aus den Getränke-regalen verschwunden. Seit Einführung einer Sondersteuer auf Alkopops vor fünf Jahren ist der Konsum drastisch gesunken.

Durch die Steuer stieg im August 2004 der Preis für eine 0,3-Liter-Flasche von einem auf knapp zwei Euro. Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gab vor Einführung der Sondersteuer etwa jeder Dritte der 12- bis 17-Jährigen an, mindestens einmal im Monat Alkopops zu trinken. 2008 war es nur noch jeder Zehnte. Die Spirituosen-Industrie verzeichnete innerhalb eines Jahres nach Steuereinführung Absatzrückgänge von etwa 70 Prozent.

Inzwischen werden höhere Steuern auf Bier diskutiert, da Jugendliche verstärkt zu Biermischgetränken greifen. In den vergangenen fünf Jahren ist der Absatz dieser Getränke um 60 Prozent gestiegen, allerdings bei Verbrauchern jeder Altersgruppe. Ob das problematische Trinkverhalten Jugendlicher durch die Steuer beeinflusst wurde? Die Ergebnisse einer Krankenkassenstudie (GEK-Report 2009) belegen eine Verdopplung der Aufenthalte in Krankenhäusern wegen Alkoholmissbrauchs bei 14- bis 20-Jährigen seit 2002 und eine Verfünffachung seit 1990.

Der Gesetzgeber scheint vordergründig das Trinkverhalten von Jugendlichen verändert zu haben. Eine Steuer allein – ohne entsprechende Aufklärung – dürfte Jugendliche vor den Gefahren des Alkohols kaum schützen. Für

entscheidender halten Suchtexperten das Signal, das die Politik an die Industrie gegeben hat.

www.gek.de/presse

Kita-Finanzierung

Die Angestellten in Kindertagesstätten (Kita) haben sich höhere Gehälter erstreikt. Die zuständigen Gewerkschaften Verdi und GEW einigten sich mit den kommunalen Arbeitgebern. Den Streikenden ging es vor allem darum, durch bessere Bezahlung das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher aufzuwerten. Das Interesse von Akademikern an diesem Beruf soll erhöht werden, um die Qualität der Kinderbetreuung zu verbessern.

Für Städte und Gemeinden entstehen durch den Tarifabschluss neue finanzielle Belastungen. Während eine in Vollzeit beschäftigte Kita-Angestellte nun rund 120 € mehr im Monat verdient, summiert sich die Erhöhung bundesweit auf einen Betrag zwischen 500 und 700 Millionen € jährlich. Das müssen die Kommunen nun zusätzlich für Gehälter einrechnen – ungeachtet dessen, dass die Kassen der Kämmerer und Finanzminister leer und sprudelnde Einnahmequellen nicht in Sicht sind.

Gleichzeitig sollen die Kinderbetreuungsplätze ausgeweitet werden, denn ab 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Parallel dazu soll die Qualität der Kinderbetreuung steigen. Viele Bürgermeister wissen derzeit nicht, wie sie diese Ziele erreichen sollen. Langfristig werden sie wohl die Elternbeiträge für die Kita-Betreuung erhöhen müssen.

Wer die Wahl hat...

Am 27. September wird der 17. Deutsche Bundestag gewählt. Wie die Parteien die kommenden Aufgaben lösen wollen, lässt sich in den Wahlprogrammen – mal mehr, mal weniger deutlich – erkennen. Im Klartext hat nachgelesen, auch auf die Gefahr hin, dass es hinterher heißt: „Dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden, ist nicht gerecht“ (SPD-Vorsitzender Franz Müntefering 2006).

Arbeit und Soziales

CDU/CSU

Langzeitarbeitslosen sollen mehr von ihrem angesparten Geld behalten dürfen. Beim sogenannten Schonvermögen, das nicht auf das Arbeitslosengeld II – auch als Hartz IV bekannt – angerechnet wird, sollen die Freibeträge „wesentlich“ erhöht werden. Auf Vorhaben zum Kündigungsschutz und der Tarifautonomie wird verzichtet.

SPD

Das Schonvermögen für Empfänger von Arbeitslosengeld II soll steigen. Zudem will die SPD einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € durchsetzen; für Geringverdiener sind staatliche Zuschüsse vorgesehen. Angestrebt werden Teilrenten vom 60. Lebensjahr an und Verbesserungen für ältere Arbeitnehmer bei der Rente mit 67.

FDP

Die Liberalen

Alle steuerfinanzierten Sozialleistungen sollen in einem Bürgergeld von durchschnittlich 662 € pro Monat gebündelt werden. Vorgesehen ist zudem eine Rente mit 60 inklusive Zu- oder Abschlägen

bei längerer bzw. kürzerer Arbeit. Kündigungsschutz soll es künftig nur noch in Betrieben mit mindestens 20 Mitarbeitern geben.



Der monatliche Arbeitslosengeld-II-Satz soll auf 420 € steigen. Zudem wird für einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € plädiert. Um Altersarmut zu verhindern, ist eine teilweise steuerfinanzierte Garantie-Rente geplant. Langfristig soll es eine „Bürgerrente“ geben, in die alle Erwachsenen einzahlen.

DIE LINKE.

Das Arbeitslosengeld II soll grundsätzlich abgeschafft werden, kurzfristig soll der Regelsatz von monatlich 351 auf 500 € steigen und das Schonvermögen angehoben werden. Ein Mindestlohn von 10 € wird gefordert. Die Rente mit 67 soll gekippt werden. Stattdessen wird eine Mindestrente von monatlich 800 € angestrebt.

Bildung

CDU/CSU

Mittelfristig sollen zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung fließen, um Deutsch-

land zur „Bildungsrepublik“ zu machen. Das gegliederte Schulsystem bleibt. Bundesweit vergleichbare Leistungsmaßstäbe, eine größere Hochschulautonomie und die Fortsetzung des Ausbildungspakts mit der Wirtschaft vervollständigen die Vorhaben in der Bildungspolitik.

SPD

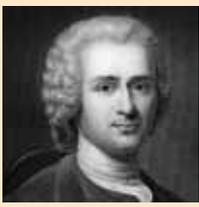
Das Wahlprogramm sieht ein Schüler-BAföG ab der 11. Klasse sowie einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen vor. Die Zahl der Schulabbrecher soll jährlich um zehn Prozent gesenkt werden. Studiengebühren werden kategorisch abgelehnt. Die zusätzlichen Einnahmen aus der angestrebten Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Einführung einer Börsenumsatzsteuer sollen in den Bildungsbereich fließen.

FDP

Das Hochschulrahmengesetz soll abgeschafft und die Autonomie der Hochschulen im Grundgesetz verankert werden. Statt zwei Prozent wie bisher sollen künftig zehn Prozent der Studenten von Stipendien profitieren.

Bündnis 90/Die Grünen

500 000 Studienplätze sollen neu geschaffen, Studiengebühren abgeschafft werden.



„Wie klein der Einfluss auch sein mag, den meine Stimme in öffentlichen Angelegenheiten ausübt, so bedeutet das Recht, wählen zu dürfen, immerhin die Pflicht, es informiert zu tun.“

Jean-Jaques Rousseau (Philosoph und Pädagoge, 1712 – 1778)

Das BAföG soll ersetzt werden: Jeder Student soll monatlich 200 € erhalten, Studierende aus sozial schwachen Familien bis zu 800 €. Zur Finanzierung ist ein „Bildungs-Soli“ geplant. Bei der Schulpolitik wird für ein gemeinsames Lernen bis zur 9. Klasse plädiert.

Die Linke

In einem „nationalen Bildungspakt“ sollen jedes Jahr sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Bildung fließen. Studiengebühren sollen abgeschafft werden. Zudem wird für die Einführung einer Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse geworben.

Klima, Energie, Verkehr

CDU/CSU

Der Anteil der Öko-Energie an der Stromerzeugung soll in den kommenden zehn Jahren von 15 auf 30 Prozent steigen. Zudem soll bis zum Jahr 2020 der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent abnehmen. Der Bau neuer Kernkraftwerke wird zwar abgelehnt, aber eine Laufzeitverlängerung für bestehende Atommeiler gilt als „unverzichtbar“.

SPD

Der Atomausstieg steht fest, die nötige Energie sollen neue Kohle- und Gaskraftwerke liefern. Vorrang haben allerdings erneuerbare Energien: Bis 2030 sollen sie einen 50 Prozent der Stromerzeugung sicherstellen.

FDP

Die Kernkraft wird als „Übergangstechnologie“ benötigt,

die Kohleverstromung soll klimaverträglicher werden. Zudem soll auf Energie nur noch der verminderte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent erhoben werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Der Klimaschutz soll als Staatsziel im Grundgesetz festgeschrieben werden. Zudem soll der Strom bis zum Jahr 2030 vollständig aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Neue Kohlekraftwerke lehnen die Grünen ebenso ab wie eine unterirdische CO₂-Speicherung. Auf den Straßen sollen bald zwei Millionen Elektroautos rollen, und für Autobahnen wird ein Tempolimit von 120 km/h gefordert.

Die Linke

Die Energiewirtschaft soll vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Zum Klimaschutz werden ein Tempolimit auf Autobahnen sowie zusätzlich 2,5 Milliarden € für den Schienenverkehr angestrebt.

Steuern

CDU/CSU

Der Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer soll in zwei Stufen von 14 auf 12 Prozent sinken. Der Betrag, ab dem der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift, soll in zwei Stufen von derzeit knapp 53 000 auf 60 000 € steigen. Zudem soll gegen schleichende Steuererhöhungen – die sogenannte kalte Progression – vorgegangen und das Besteuerungsverfahren vereinfacht werden.

SPD

Der Eingangssteuersatz soll von 14 auf 10 Prozent sinken, während der Spitzensteuersatz ab einem Jahreseinkommen von 125 000 € (Verheiratete: 250 000 €) auf 47 Prozent steigt. Vorgesehen ist ein Bonus für Arbeitnehmer, die auf die Abgabe einer Steuererklärung verzichten.

FDP

Der radikale Umbau des Einkommensteuer-Systems mit einem Drei-Stufen-Tarif von 10 Prozent (bis 20 000 € Einkommen), 25 Prozent (bis 50 000 €) und 35 Prozent (ab 50 000 €) wird gefordert. Den Grundfreibetrag von 8 004 € soll es für jeden Bürger geben.

Bündnis 90/Die Grünen

Durch Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent, eine höhere Erbschaftsteuer auf große Vermögen und eine zeitlich befristete Vermögensabgabe sollen Wohlhabende stärker belastet werden. Geringverdiener sollen durch Anhebung des Grundfreibetrags auf 8 500 € entlastet werden. Wer weniger als 2 000 € verdient, soll weniger Sozialbeiträge zahlen.

Die Linke

Durch eine „sozial gerechte Steuerreform“ sollen Menschen mit kleinen und middle

ren Einkommen entlastet werden, während der Spitzensteuersatz von 42 auf 53 Prozent angehoben wird. Vermögens- und Börsenumsatzsteuer sollen eingeführt, Erbschafts- und Körperschaftsteuern angehoben werden.

Fazit

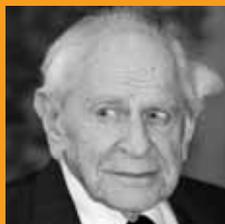
Es dürfte die Wähler kaum überraschen: Die „übliche“ Rollenverteilung – mehr Staat bei den Grünen, den Linken und der SPD, möglichst nicht mehr Staat als nötig bei CDU und CSU sowie weniger Staat bei der FDP – findet sich auch in den Wahlprogrammen. Am radikalsten in ihren Vorschlägen – auch das dürfte nicht sehr erstaunen – sind die Liberalen auf der einen, die Vertreter der Linken auf der anderen Seite.

Die Programme der fünf zurzeit im Bundestag vertretenen Parteien zeigen dennoch Gemeinsamkeiten. So versprechen alle Parteien mehr Kindergeld und Verbesserungen beim Elterngeld. Für Empfänger von Arbeitslosengeld II fordern ebenfalls alle Parteien höhere anrechnungsfreie Altersvorsorgebeiträge. Auch in Bezug auf die Finanzkrise plädieren alle Parteien für die strengere Kontrolle der Finanzmärkte und Ratingagenturen.

Andreas Schirmer

Alle Wahlprogramme sind im Internet zu finden:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>
http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf
<http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf>
http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/unser-wahlprogramm.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=14&cHash=1cab99b894
http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/buta_09_wahlprogramm/485-516_LinkePV_LWP_BTW09.pdf



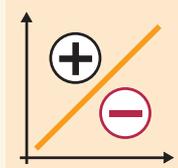
„Die Frage, wer an die Macht kommen soll, ist falsch gestellt. Es genügt, wenn eine schlechte Regierung abgewählt werden kann.“

Karl Raimund Popper

IM KLARTEXT

August 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im August 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte, waren im Juli 2009 knapp 3,5 Millionen Menschen offiziell arbeitslos.

Parallel zu den steigenden Arbeitslosenzahlen sinkt die Zahl der Erwerbstätigen: Im Juni 2009 waren nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes mit 40,1 Millionen etwa 81 000 Menschen weniger erwerbstätig als im Vorjahr. Im Mai 2009 war ebenfalls ein Rückgang um 34 000 Erwerbstätige zu verzeichnen. Zwischen Mai und Juni der vergangenen fünf Jahre hatte es im Durchschnitt ei-

ne Zunahme von 60 000 Erwerbstätigen gegeben.

Eigenverantwortung

Die Wahlbeteiligung gilt als wichtiger Indikator für den Grad des politischen Interesses

Wahlbeteiligung*

Altersgruppe	1983**	2005
18 bis 21	84,3	70,0
21 bis 25	81,5	66,5
25 bis 30	83,8	70,1
30 bis 35	87,0	74,5
35 bis 40	89,3	78,4
40 bis 45	91,1	79,7
45 bis 50	92,2	80,2
50 bis 60	92,7	82,5
60 bis 70	92,3	85,0
70 und älter	84,9	76,7
Gesamt	88,4	78,3

* bei Bundestagswahlen in Prozent
** früheres Bundesgebiet
Quelle: Statistisches Bundesamt

der Bürger. In den vergangenen Jahren haben allerdings weniger Bürger ihr Wahlrecht wahrgenommen. Während 1983 eine Wahlbeteiligung von 88,4 Prozent ermittelt wurde, gingen 2005 nur 78,3 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahlurne. Vor allem die „Jungwähler“ sind im Vergleich zu anderen

Altersgruppen zurückhaltend: Die Wahlbeteiligung unter 30 Jahren lag 2005 teilweise um mehr als zehn Prozentpunkte niedriger als die Zahl der Wähler aus anderen Altersgruppen.

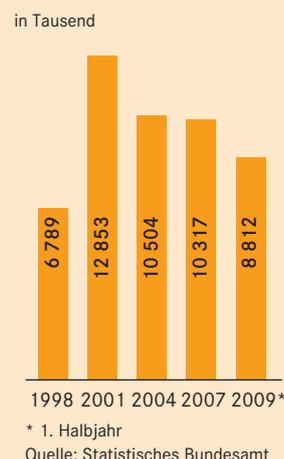
Das Sinken der Wahlbeteiligung wird von Pessimisten mit wachsender Politikverdrossenheit erklärt. Optimisten argumentieren dagegen, dass die Bürger mit der Politik weitgehend zufrieden seien und deshalb keine Notwendigkeit sähen, am Wahlsonntag ihre Stimme abzugeben. So oder so: Beteiligt ist nur, wer seine Stimme abgibt.

Geldwertstabilität

Rund 8,8 Millionen Menschen, 13,6 Prozent der Bevölkerung, haben im ersten Halbjahr 2009 direkt oder über Fonds indirekt in Aktien investiert. Das entspricht in etwa dem Stand des vorhergehenden Halbjahres.

Die mangelnde Aktien-Euphorie kann nicht überraschen: Wer sich vor zehn Jahren entschloss, Monat für Monat 100 € in einen Fonds mit deutschen Aktien zu investieren, muss aktuell einen jähr-

Aktien-/ Fondsparen



lichen Verlust von durchschnittlich 2,6 Prozent feststellen. In absoluten Zahlen: Aus den insgesamt eingezahlten 12 000 € wurden 10 555 €. Bei einem Fonds mit Aktien aus aller Welt blieben wertmäßig sogar nur 9 112 € übrig, ein Minus von 5,6 Prozent pro Jahr. Selbst nach 20 Jahren Laufzeit blieben zum Stichtag 30. Juni kaum mehr als drei Prozent Rendite pro Jahr. Das lässt sich nach Abzug der Inflation kaum als Werterhalt bezeichnen – von Vermögenszuwachs ganz zu schweigen.

Erwerbstätige

in Tausend*	
2001	39 203
2002	38 964
2003	38 606
2004	38 786
2005	38 653
2006	39 016
2007	39 601
2008	40 109
2009	40 098

jeweils Juni
* mit Wohnort in Deutschland
Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/imagestate/HIP; dpa-Report
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard